

Proteststurm auf Malle gegen Urlauber

Stichtag 26. Juli - an dem Tag soll auf der Ferieninsel alles stillstehen. Spanier sind laut Studie besonders unzufrieden mit dem Massentourismus

Von Carmela Negrete

Viele Bürger in Spanien wehren sich seit Jahren gegen den Massentourismus. Auch auf der Lieblingsinsel der Deutschen, Mallorca, regt sich zunehmend Widerstand. Ein Bündnis namens »Menys Turisme, Més Vida« (»Weniger Tourismus, mehr Leben«) hat am vergangenen Wochenende für den 26. Juli erneut zu Protesten aufgerufen. Die Aktivisten kritisieren, dass die Behörden die Probleme, die mit der stetig steigenden Zahl von Besuchern verbunden sind, bislang nicht wirksam angegangen hätten. Sie beklagen unter anderem steigende Wohnkosten, überlastete Infrastrukturen und die zunehmende Belastung von Natur- und Stadträumen. Die Organisatoren haben bereits klargestellt, dass es sich nicht um eine einmalige Aktion handeln wird, und werfen der spanischen progressiven Regierung von Pedro Sánchez vor, in dieser Angelegenheit nicht genügend getan zu haben. In Palma wird zudem gegen die Erweiterung des Flughafens demonstriert.

Der Aufruhr beschränkt sich derzeit jedoch nicht nur auf die Balearen. Auch in anderen beliebten Urlaubsregionen wie Barcelona, Valencia oder den Kanarischen Inseln gab es in den vergangenen Monaten Proteste oder sind weitere geplant. Auch ökologische Aspekte wie das fehlende Wasser spielen in manchen Regionen eine Rolle.

Für zusätzliche Aufmerksamkeit sorgten zuletzt Berichte über Sabotageaktionen gegen Ferienwohnungen auf Lanzarote. Die *Bild* griff den Fall kürzlich auf und stellte ihn als besonders drastische Eskalation des Protests gegen den Massentourismus dar. Tatsächlich handelt es sich jedoch nicht um ein völlig neues Phänomen: In verschiedenen spanischen Urlaubsregionen kommt es seit Jahren immer wieder zu kleineren Zerstörungsakten gegen touristische Infrastruktur, etwa gegen Schlüsselkästen von Ferienwohnungen, da diese zum Teil für die Mietmisere und die horrenden Preise in Spanien mitverantwortlich gemacht werden.

Die Regierung hatte 2023 ein Wohnungsgesetz auf den Weg gebracht, das es ermöglicht, »angespannte Wohnlagen« auszuweisen und dort Mietpreisbremsen einzuführen, sowie einen Referenzindex geschaffen, der übermäßige Mieterhöhungen anzeigen soll. Auch wurden die rechtlichen Möglichkeiten ausgeweitet, um touristische Vermietungen stärker zu kontrollieren und in Stadtteilen mit hohem Mietpreisdruck zu begrenzen. Die Umsetzung liegt

jedoch weitgehend bei den Regionen und Städten, die in einigen Fällen bereits Tausende illegale Ferienwohnungen vom Markt genommen haben. Doch diese Maßnahmen wirken nicht genug, so dass in manchen besonders touristisch geprägten Orten sogar Fachkräfte während der Saison in Wohnmobilen oder Autos schlafen müssen. Sie finden keinen Wohnraum, weil die Miete sonst den Verdienst übersteigen oder zum großen Teil auffressen würde.

In Spanien sorgt der Massentourismus seit Jahren für Unmut. Gewerkschaften sowie die kommunistische Partei PCE und die Partei Podemos werfen der Europäischen Union vor, den industriellen Sektor geschwächt zu haben, und kritisieren, dass Spaniens Rolle im internationalen Wirtschaftssystem zunehmend auf Tourismus und Landwirtschaft reduziert wird. Gleichzeitig hat der Tourismus zweifellos wirtschaftliches Wachstum erzeugt und Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Doch vielerorts treibt der Ansturm von Besuchern die Preise für Waren und Dienstleistungen in die Höhe – oft so stark, dass sich die Bewohner ihres eigenen Landes vieles nicht mehr leisten können.

Fest steht: Zahlreichen Einheimischen reicht es – besonders denen, die eine bezahlbare Bleibe suchen. Die Zahlen sprechen für sich: Allein zwischen Januar und April 2026 kamen 26,6 Millionen Touristen ins Land. Spanien zählt damit weiterhin zu den meistbesuchten Reisezielen der Welt. Kritiker warnen jedoch, dass die Rekordzahlen zunehmend soziale und ökologische Probleme verschärfen und die Lebensqualität vieler Ortsansässiger beeinträchtigen. Eine aktuelle Studie mit dem Titel »Wo Touristen nicht mehr willkommen sind« der Plattform JB.com kommt zu dem Ergebnis, dass Spanien an erster Stelle der Länder steht, in denen sich die Einheimischen besonders stark gegen den Massentourismus wenden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/524062.völkerverständigung-proteststurm-auf-malle-gegen-urlauber.html>